

STUDIEN UND BERICHTE

Neue Studien und Berichte

aus dem Themenfeld Migration und Integration (Stand: Januar 2022)

zusammengestellt von Prof. Dr. Karl-Heinz Meier-Braun



© unsplash | Julie Ricard

Statistiken und Daten weltweit

Zahl der Flüchtlinge steigt auf 84 Millionen

Immer mehr Menschen sind weltweit auf der Flucht, die meisten davon in ihrem Heimatland. Im ersten Halbjahr 2021 stieg ihre Zahl von 82,4 auf über 84 Millionen. Wie UNHCR, das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, in seinem „Mid-Year-Trend“-Bericht mitteilte, hat die „tödliche Mischung“ aus Konflikten, COVID-19, Armut, Ernährungsunsicherheit und die Klimakatastrophe die humanitäre Notlage der Vertriebenen, von denen die meisten in Entwicklungsländern Schutz gefunden haben, noch verschlimmert.

www.unhcr.org/dach/de/71127-konflikte-gewalt-und-klimawandel-fuehrten-zu-mehr-vertreibung-in-der-ersten-haelfte-des-jahres-2021.html

„World Migration Report“ 2022: 40,5 Millionen Binnenvertriebene

Auch die Zahl der Binnenvertriebenen steigt weiter: von 31,5 Millionen (2019) auf jetzt 40,5 Millionen, wie die Internationale Organisation für Migration (IOM) in ihrem jüngsten Bericht dokumentiert. Ein dramatischer Anstieg aufgrund von Katastrophen und Konflikten vertreibt immer mehr Menschen im eigenen Land. Weltweit bleiben die meisten Menschen (96,4 %) in dem Land, in dem sie geboren wurden, wie der Bericht unterstreicht.

<https://worldmigrationreport.iom.int>



Migrations- und Integrationsforum
Baden-Württemberg

45.427 Migranten kamen weltweit seit 2014 ums Leben

Seit 2014 dokumentiert die Internationale Organisation für Migration (IOM) diese Todesfälle mit seinem „Missing Migrants Project“. Die meisten Männer, Frauen und Kinder, nämlich 22.941, sind auf dem Mittelmeer ums Leben gekommen: bei dem Versuch, Europa zu erreichen. Dabei ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen. Im Jahr 2021 sind die Zahlen der Toten und Vermissten auf vielen Fluchtrouten angestiegen, auf 4.418 bis Anfang Dezember. Mindestens 937 Menschen starben auf der Atlantikroute zu den Kanarischen Inseln, die höchste Zahl seit zehn Jahren. Viele Boote verschwinden einfach, ohne Spuren zu hinterlassen, schreibt IOM. Auch auf den Landrouten sind die Zahlen angestiegen: An der Grenze zwischen der Türkei und Griechenland mindestens auf 41; ebenfalls ein neuer trauriger Höchststand.

<https://missingmigrants.iom.int>

Internationale Arbeitsmigration wird immer wichtiger

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) legt auch neue Daten zur internationalen Arbeitsmigration vor und unterstreicht die weltweite Bedeutung vor allem auch der Rücküberweisungen („remittances“) der Frauen und Männer, die als Arbeitsmigranten unterwegs sind. Schon seit Langem übertreffen diese Gelder, die sie nach Hause überweisen, die Summe, die weltweit an staatlicher Entwicklungshilfe gezahlt wird, sowie die direkten ausländischen Investitionen in diese Länder. Im Jahr 2021 haben die Migrantinnen und Migranten 540 Milliarden US-Dollar nach Hause überwiesen. Diese und weitere umfassende Daten finden sich im Bericht „Global Migration Indicators 2021“ sowie im „Migration Data Portal“.

<https://publications.iom.int/books/global-migration-indicators-2021>

www.migrationdataportal.org

Internationaler Migrationsbericht der OECD 2021: Auswirkungen von Covid-19

Im Zuge der COVID-19-Pandemie wurde innerhalb eines Jahres ein Großteil der Fortschritte zunichtegemacht, die im letzten Jahrzehnt in den OECD-Ländern bei der Integration von Migranten erzielt wurden. Dies ist eines der wichtigsten Ergebnisse des jüngsten „OECD International Migration Outlook 2021“. Im Jahr 2020 gingen die dauerhaften Migrationsströme in OECD-Länder um mehr als 30 Prozent auf etwa 3,7 Millionen Personen zurück und erreichten damit den niedrigsten Stand seit 2003. Alle Arten von dauerhafter Migration verzeichneten einen Rückgang, wie die OECD in ihrem Bericht über die jüngsten Trends in der weltweiten Migration feststellt. Aber auch die humanitäre Migration war stark betroffen, insbesondere in die Vereinigten Staaten und nach Kanada. Die Arbeitsmigration und die Migration auf Basis der Freizügigkeit gingen um etwa 24 Prozent bzw. 17 Prozent zurück. Auch die befristete Arbeitsmigration sank nach diesen neuesten Daten im Jahr 2020 um durchschnittlich 58 Prozent. Nach Meinung der OECD sollten die Regierungen dringend umfassende und koordinierte Maßnahmen verfolgen, um zu verhindern, dass die Pandemie zu einem dauerhaften Rückschlag bei der Integration von Migranten führt. Dies würde schwerwiegende negative wirtschaftliche Folgen haben und den sozialen Zusammenhalt im Allgemeinen bedrohen, so die Experten weiter.

Der Migrationsausblick macht deutlich, dass seit Beginn der Pandemie im Ausland geborene Arbeitskräfte unverhältnismäßig stark von Arbeitsplatzverlusten betroffen waren. Die Kluft bei der Beschäftigungsquote zwischen im Ausland und im Inland geborenen Personen

hat sich demnach in den OECD-Ländern um durchschnittlich zwei Prozentpunkte vergrößert, während der Unterschied bei der Arbeitslosenquote nun mehr als drei Prozentpunkte beträgt.

Ein besonderes Kapitel des Migrationsausblicks analysiert detailliert die fiskalischen Auswirkungen der Migration in den OECD-Ländern. Auch wenn es Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern gibt, tragen Migrantinnen und Migranten nach dieser Analyse insgesamt mehr an Steuern und Abgaben bei, als sie an Leistungen aus den Gesundheits-, Bildungs- und Sozialversicherungssystemen erhalten. Eine bessere Integration von Einwanderern kann die fiskalischen Gewinne weiter steigern, wie der Bericht hervorhebt.

www.oecd-ilibrary.org/sites/29f23e9d-en/index.html?itemId=/content/publication/29f23e9d-en

Nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan: Erfahrungen aus der Vergangenheit und erste Einschätzungen der Folgen für Migration und Integration

Unter dieser Überschrift hat jetzt das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) eine Analyse vorgelegt, die von den Autorinnen und Autoren so zusammengefasst wird: „In Afghanistan ist nach dem Abzug der Truppen der Vereinigten Staaten und der Nordatlantischen Vertragsorganisation (US- und NATO-Truppen) sowie der Machtübernahme der Taliban eine starke Zunahme von Verfolgung, politischer Gewalt und Menschenrechtsverletzungen zu erwarten. Von den Beschränkungen politischer und persönlicher Freiheiten sind Frauen und Mädchen sowie ethnische und religiöse Minderheiten besonders betroffen. Zugleich kann die weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage zu einer umfassenden Versorgungskrise der Bevölkerung führen. In der Vergangenheit haben Pakistan und der Iran rund 80 Prozent der in das Ausland geflüchteten Afghaninnen und Afghanen aufgenommen. Aufgrund veränderter geopolitischer Interessen, zunehmender wirtschaftlicher Probleme und wachsenden Widerständen in der Bevölkerung lehnen Pakistan und der Iran die weitere Aufnahme von Geflüchteten aus Afghanistan jedoch ab. Ähnliches gilt für die meisten zentralasiatischen Staaten der früheren Sowjetunion und China. Insofern ist nicht zu erwarten, dass die politische und humanitäre Krise in Afghanistan durch die Aufnahme von Geflüchteten in der Region sowie die finanzielle und technische Unterstützung der Nachbarländer durch die Vereinigten Staaten Amerikas (USA), die Europäische Union (EU) und andere Hoheinkommensländer entschärft werden kann.

Zugleich sind die Fluchtrouten in die EU fast vollständig geschlossen, so dass nicht mit einem erheblichen Anstieg der Fluchtmigration nach Europa ähnlich wie im Jahr 2015 zu rechnen ist. Die EU, die USA und andere Hoheinkommensländer können deshalb nur durch die freiwillige Aufnahme von Personen, die besonderen Gefährdungen ausgesetzt sind, einen Beitrag zum Schutz vor Verfolgung und anderen Menschenrechtsverletzungen leisten. Zu solchen Maßnahmen gehören die Aufnahme von Ortskräften, die Aufnahme anderer besonders gefährdeter Personengruppen, die Erweiterung von Resettlement-Programmen sowie von Kontingenten für die Aufnahme von Afghaninnen und Afghanen. Theoretisch wie auch praktisch ist zu erwarten, dass durch Politikkoordination und eine faire Verteilung der Kosten der Aufnahme von Geflüchteten die Bereitschaft zur Aufnahme von Geflüchteten auch in den Nachbarregionen steigt.“

<https://doku.iab.de/forschungsbericht/2021/fb0921.pdf>

Statistiken und Daten aus Deutschland

Pandemie trifft Minderheiten in Deutschland besonders hart

Das bestätigt der Jahresrückblick 2021 des Mediendienstes Integration. Er lässt das Jahr Revue passieren, beginnenden damit, dass der Begriff „Migrationshintergrund abgeschafft werden soll“, über den Messerangriff in Würzburg mit drei Toten bis hin zu „Zehn Jahre nach dem NSU-Terror: Urteile rechtskräftig, aber viele Fragen offen.“

<https://mailchi.mp/mediendienst-integration/themen-alert-23-dez-2021?e=f5e9242f1a>

Der Mediendienst weist außerdem auf eine Studie hin, bei der ein Team von Forschern die vorhandenen Daten zu den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf ausländische Staatsangehörige in Deutschland und in der Schweiz ausgewertet hat. Die Studie zeigt, dass ausländische Staatsangehörige in der ersten, zweiten und dritten Corona-Welle viel häufiger gestorben sind als Deutsche. Von Januar bis August 2021 sind über 4.500 ausländische Staatsangehörige mehr gestorben als im gleichen Zeitraum 2019, dem Jahr vor der Pandemie. Besonders aufschlussreich ist nach der Expertise ein Blick auf einzelne Altersgruppen: So gab es unter den 45- bis 64-Jährigen mit deutschem Pass von 2019 auf 2020 einen Anstieg der Todesfälle um 1,1 Prozent. Unter den ausländischen Staatsangehörigen lag der Anstieg bei 9 Prozent. Ähnliche Unterschiede zwischen ausländischen und inländischen Staatsangehörigen gibt es demnach auch in der Schweiz.

[https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Expertise_Rassismus_Uebersterblichkeit Covid 19 Will Supik Pluemecke FINAL.pdf](https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Expertise_Rassismus_Uebersterblichkeit_Covid_19_Will_Supik_Pluemecke_FINAL.pdf)

Analyse und Prognose künftiger Migrationsbewegungen

Mit diesem Thema hat sich jetzt das Institut für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel auseinandergesetzt. Danach könnte eine höhere Nettozuwanderung nach Deutschland ein Schlüssel zur Abmilderung der starken Alterung der Erwerbsbevölkerung werden, die eine große ökonomische Herausforderung in den kommenden zwei Jahrzehnten darstellen wird. Die Größe und Zusammensetzung der weltweiten Migrationspotenziale sind aber unklar, wie die Fachleute aus Kiel einräumen. In ihrem Beitrag untersuchen sie detailliert Deutschlands Attraktivität als Zielland, die Einflussfaktoren auf die Migrationsentscheidung und die Entscheidung, langfristig in Deutschland zu bleiben, sowie die daraus resultierenden Zuwanderungs- und Abwanderungszahlen.

www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kieler-beitraege-zur-wirtschaftspolitik/analyse-und-prognose-von-migrationsbewegungen-0

Gesundheitspersonal für nachhaltige Entwicklung: Der Länderkontext Ghana: Chancen und Grenzen für externes Engagement

Die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) hat zu diesem Thema eine aktuelle Studie herausgegeben. Dabei unterstreicht sie folgende Punkte: „Die Covid-19-Pandemie hat den Mangel an Gesundheitspersonal als globales Problem offen zutage treten lassen. Dies gilt auch für die Rekrutierung, Aus- und Weiterbildung sowie die Verteilung von Gesundheitsfachkräften. International fehlt es an belastbaren Governance-Strukturen. Die Stärkung von Gesundheitsfachkräften kann dazu beitragen, die Ziele der Nachhaltigkeitsagenda der Vereinten Nationen zu erreichen, vor allem in den Bereichen Gesundheit, Sicherheit, Wirtschaft und Geschlechtergerechtigkeit. [...] Externe Akteure wie Deutschland haben nur begrenzten Handlungsspielraum in der bilateralen Zusammenarbeit. Doch selbst diesen nutzen sie nicht genug dafür, die Chancen für eine nachhaltige Stärkung des Gesundheitspersonals

mit positiven Effekten auf andere Politikfelder zu ergreifen. Entwicklungs- und außenpolitisch könnte sich die Bundesregierung mit einem intensivierten internationalen Engagement im Gesundheitssektor langfristige Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens sichern [...].“

www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2021S24_gesundheitsperso-nal_ghana.pdf

Diskriminierung in Deutschland – Erfahrungen, Risiken und Fallkonstellationen

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes, der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration haben gemeinsam eine Stärkung des Engagements gegen Diskriminierung gefordert. Mit den Ergebnissen ihres „Vierten Gemeinsamen Berichts“ an den Deutschen Bundestag unterstreichen sie die Dringlichkeit, mit der der Einsatz für Menschen mit Diskriminierungserfahrungen gestärkt werden müsse. Die drei Institutionen haben drei gemeinsame Empfehlungen veröffentlicht: Zum einen plädieren sie für einen flächendeckenden und finanziell langfristig gesicherten Ausbau staatlicher und nichtstaatlicher Antidiskriminierungsstellen, wozu auch die Einrichtung von Landesantidiskriminierungsstellen in allen Bundesländern gehört. Sie raten außerdem zum Ausbau alternativer Streitbeilegungsverfahren von Diskriminierungsfällen zum Beispiel durch Schlichtungsstellen insbesondere in zentralen Bereichen wie dem Wohnungsmarkt. Drittens braucht es nach ihren Empfehlungen eine bessere Sichtbarmachung von Diskriminierungsthemen in groß angelegten Datenerhebungen wie dem „Sozio-oekonomischen Panel“ (SOEP). Empfohlen wird außerdem ein Gleichstellungsmonitoring in der Bundesverwaltung.

www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/was-wir-machen/bericht-an-den-bundestag/vierter-bericht/vierter-bericht-an-den-bundestag-node.html

Reaktionsmöglichkeiten bei Rassismus

Nur selten wehren sich Opfer gegen rassistische Diskriminierung. Deshalb – so eine Studie des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) – käme es nur selten zu strategischen Gegenreaktionen in Form von Klagen oder Meldungen der Vorfälle. Gefordert wird der Ausbau von Beratungs- und Hilfsangeboten.

www.dezim-institut.de/fileadmin/Publikationen/Project_Report/04_Reaktionsm%C3%B6glichkeiten_bei_Rassismus%E2%80%93Die_Bedeutung_von_Kontextfaktoren_f%C3%BCr_Handlungsstrategien_bei_rassistischer_Diskriminierung/DeZIM_ProjectReport_04_211203_RZ_meta.pdf

Leben in Gefahr – Gewalt gegen Geflüchtete in Deutschland

Die Berliner Amadeu Antonio Stiftung und Pro Asyl kritisieren in einer Landzeitauswertung, dass flüchtlingsfeindliche Gewalt durch die Polizei mangelhaft erfasst werde. Es fehle bei der Polizei offensichtlich an Sensibilität, Aufmerksamkeit und Ressourcen, diese Straftaten zu verfolgen, so die beiden Hilfsorganisationen.

www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2021/06/Leben-in-Gefahr_web.pdf

Einwanderungsfeindliche Haltung hält dem Realitätscheck nicht stand

Das ist die Kernaussage einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB). Nach der Ankunft von über einer Million Geflüchteter in Deutschland 2015/16 zeigte sich auf der lokalen Ebene ein freundlicheres Bild als beim Blick auf die bundesweite Lage, die von einer Zunahme fremdenfeindlicher Haltungen und Gewalt sowie dem Zulauf zur rechtspopulistischen Partei AfD geprägt war, so die Studie. Auf lokaler Ebene – in den Landkreisen und kreisfreien Städten – fanden die Wissenschaftler allerdings einen umgekehrten Zusammenhang heraus. Wo viele Geflüchtete untergebracht wurden, haben die Menschen offensichtlich weniger Angst vor Einwanderung und stimmen seltener den Positionen rechter Parteien zu. Die Ergebnisse machen aber auch deutlich: In Regionen mit höherer Arbeitslosigkeit lässt sich dieser Zusammenhang nicht feststellen. Hier stößt vielmehr die Ankunft von Geflüchteten auf Ablehnung.

<https://wzb.eu/de/pressemitteilung/einwanderungsfeindliche-haltung-haelt-dem-realitaetscheck-nicht-stand>

Deutschland ist dringend auf Einwanderung angewiesen

Das unterstreicht (wieder einmal) eine Untersuchung, diesmal des arbeitgebernahen Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Gelingt es Deutschland in den nächsten Jahren nicht, in großem Maße Zuwanderer zu gewinnen, wird gemäß dieser Studie die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter stark zurückgehen. Auch im EU-Vergleich habe Deutschland einen besonders starken Bedarf an Fachkräften aus dem Ausland. Wegen des zunehmenden Fachkräftemangels seien die Zahlen alarmierend, denn viele der künftigen Rentner dürften nicht mehr durch Nachwuchskräfte ersetzt werden können. Eine gemeinsame europäische Demografievorsorge- und Fachkräftesicherungspolitik erscheint der Studie zufolge kaum vorstellbar. Deshalb sollte Deutschland gezielt eigene Wege gehen, so die Expertise. Mit den Worten „Ohne Zuwanderer sieht der Arbeitsmarkt alt aus“ untermauert das IW seine Thesen ergänzend in seinem Report 38/2011.

www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2021/IW-Report_2021-Erwerbsbev%C3%B6lkerung-Europa.pdf

Nochmal: Deutschland auf Einwanderung dringend angewiesen

Die Zahl der Erwerbstätigen, die potenziell dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, sinkt langfristig aufgrund des demografischen Wandels. Das unterstreicht das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in seiner Studie. Danach wird sie selbst bei einer steigenden Erwerbsquote von Frauen und Älteren sowie einer jährlichen Nettoeinwanderung von 100.000 Personen von 47,4 Millionen im Jahr 2020 auf wahrscheinlich 38,3 Millionen im Jahr 2060 zurückgehen. Das Arbeitskräfteangebot bliebe nach diesen Berechnungen nur mit einer jährlichen Nettozuwanderung von 400.000 Personen fast konstant. Ohne Einwanderung nehme das Erwerbspersonenpotenzial bis 2035 um 7,2 Millionen, bis 2060 sogar um insgesamt 16 Millionen Arbeitskräfte ab.

<https://doku.iab.de/kurzber/2021/kb2021-25.pdf>

Selbständigkeit als Weg zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten?

Viele Menschen, die im Zuge der Fluchtmigration ab 2013, und dann vor allem ab 2015 nach Deutschland kamen, waren in ihren Heimatländern selbständig bzw. kamen aus Ländern, in denen Selbständigkeit und Unternehmensgründungen sehr viel häufiger anzutreffen

sind als bei uns. Darauf weist eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hin. Co-Autor René Leicht von der Universität Mannheim fragt in der Untersuchung, ob Geflüchtete vor diesem Hintergrund dazu beitragen, die seit Jahren nachlassende Gründungsdynamik in Deutschland zu steigern. Außerdem wollte man wissen, inwieweit Selbständigkeit für Geflüchtete ein Weg in die Arbeitsmarktintegration sein kann. Der Beitrag zeichnet ein differenziertes Bild der Lage: Der Gründungswille unter Geflüchteten ist hoch, es gibt jedoch eine signifikante Umsetzungslücke zwischen bekundeter Gründungsneigung bzw. -intention und der tatsächlichen Unternehmensgründung. Diejenigen, die ihre Gründungsneigung aber umsetzen, erwirtschaften nicht selten mehr als Geflüchtete in abhängiger Beschäftigung. Selbständigkeit und Gründung „lohnen“ sich meist für die Betroffenen. Zusätzlich schaffen Gründer mit Fluchthintergrund im Durchschnitt mehr Arbeitsplätze als Gründende, die auf anderem Weg nach Deutschland gekommen sind. Sie leisten damit einen aktiven Beitrag zum Funktionieren des deutschen Arbeitsmarkts und zur Sicherung der Sozialsysteme, so ein Fazit der Untersuchung.

<http://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/18504.pdf>

Zivilgesellschaftliches Engagement und die soziale Integration von Geflüchteten

Autoren und Autorinnen vom ZEW – Leibniz-Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim – haben jetzt dazu eine empirische Analyse für die Jahre 2016 bis 2019 vorgelegt. Das Ergebnis: In Regionen, in denen sich viele Menschen für Geflüchtete engagieren, sprechen Geflüchtete besser Deutsch, fühlen sich eher willkommen und haben häufiger Kontakt zu deutschsprachigen Personen. Auch ihre allgemeine Lebenszufriedenheit ist höher, so die Expertise. Die Expertise stellt klar: lokale zivilgesellschaftliche Akteure stellen eine wichtige Ergänzung zu öffentlichen Hilfsangeboten dar und sollten eng in die Integrations- und Sozialpolitik eingebunden werden.

https://ftp.zew.de/pub/zew-docs/ZEWKurzexpertisen/ZEW_Kurzexpertise2111.pdf

Ohne sie geht nichts mehr! Welchen Beitrag leisten Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchtete zur Arbeitskräftesicherung in Fachkraftberufen in Deutschland?

Unter diesem Motto steht eine Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Untersuchung belegt: In Deutschlandweit stellten Migrantinnen und Migranten 2020 beispielsweise über 23 Prozent der Berufskraftfahrer. Das sind 132.000 Personen. In der Gastronomie sind 91.000 als Fachkräfte beschäftigt und stellen damit sogar 31 Prozent aller dort tätigen Arbeitskräfte. Auch die Arbeitsmarktintegration Geflüchteter entwickelt sich nach dieser Studie positiv. So verfünffachte sich der Anteil geflüchteter Menschen in Fachkraftberufen in Rheinland-Pfalz beispielsweise zwischen 2013 und 2020. In Mecklenburg-Vorpommern stieg der Anteil in diesem Zeitraum sogar um das Sechzehnfache. Gerade auch mit Blick auf die besonders nachgefragten Engpassberufe wird die wachsende Bedeutung von Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchteten für die Deckung der Arbeitskräftebedarfe deutlich, wie die Untersuchung hervorhebt. So gehören in Baden-Württemberg 34,7 Prozent der Berufskraftfahrerinnen und Berufskraftfahrer dieser Personengruppe an, in der Fleischverarbeitung in Niedersachsen sind es sogar 60 Prozent.

www.fes.de/studie-ohne-sie-geht-nichts-mehr

Flüchtlingsintegration und Fachkräftemigration: Welche Rolle spielen Hochschulen?

Das Fachkräftepotenzial der derzeit knapp 325.000 internationalen Studierenden an deutschen Hochschulen ist erheblich. Mindestens zwei Drittel beabsichtigen, nach ihrem Abschluss hierzubleiben und zu arbeiten. Mit diesen Aussagen leitet der Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) seine Expertise ein. Allerdings sei der Weg für diese Studierenden in den Arbeitsmarkt mit Stolpersteinen gepflastert. Viele scheitern zunächst an unzureichenden Deutschkenntnissen, fehlenden beruflichen Netzwerken und zu wenig Praxiserfahrung im Inland, so der SVR. Ob und inwiefern diese Hürden auch den etwa 30.000 Geflüchteten unter ihnen zu schaffen machen, sei bislang kaum erforscht. Um mehr über die Erfahrungen dieser „Fachkräfte von morgen“ zu erfahren, hat der SVR 88 Hochschulvorhaben zur Arbeitsmarktintegration im Auftrag des Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) analysiert.

www.svr-migration.de/publikationen/hochschulen-flucht-und-fachkraeftemigration

Vorintegration erleichtert Ankommen und Teilhabe in Deutschland

Ob Integration gelingt und nachhaltig ist, hängt sehr davon ab, wie Menschen auf ein Leben in Deutschland vorbereitet sind. Eine Vorintegration mit Beratungs- und Vorbereitungsmaßnahmen vor der Einreise trägt deshalb wesentlich zu rascher und nachhaltiger Integration bei. Dies ist einer der Erkenntnisse im Abschlussbericht des Pilotprojekts „Gute Begleitung von Migration – Integration von den Herkunftsländern zum Zielland“ der Diakonie Deutschland.

www.diakonie.de/fileadmin/user_upload/Diakonie/PDFs/Diakonie-Texte_PDF/08_2021_Vorintegration_Web.pdf

Jeder Vierte hat Migrationshintergrund

Im Jahr 2020 hatten von den 81,9 Millionen Einwohnern in Deutschland rund 21,9 Millionen bzw. 27 Prozent einen Migrationshintergrund. Diese neuen Zahlen hat jetzt das Statistische Bundesamt veröffentlicht, das den Migrationshintergrund so definiert: „Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt.“ Rund 53 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund hatten die deutsche Staatsangehörigkeit. Etwa 47 Prozent waren Ausländer.

www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/publikationen-innen-migrationshintergrund.html

Fakten zur Einwanderung in Deutschland

Der Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) hat sein Papier „Fakten zur Einwanderung in Deutschland“ aktualisiert. Darin finden sich die wichtigsten Informationen und Zahlen zur Zusammensetzung der Bevölkerung, der Zuwanderung (inkl. Arbeitsmigration und Asyl) sowie zu Qualifikation und Erwerbstätigkeit von Zuwanderinnen und Zuwanderern.

www.svr-migration.de/publikationen/fakten-zur-einwanderung-in-deutschland

Zuwanderung von Pflegekräften sowie Ärztinnen und Ärzten

Dazu hat der Mediendienst Integration Daten und Fakten vorgelegt. Die wichtigsten Ergebnisse:

- Mehr als 200.000 ausländische Pflegekräfte arbeiten inzwischen in Deutschland – rund dreimal so viele wie noch 2013. Die Mehrheit kommt aus Nicht-EU-Ländern. Immer mehr Geflüchtete arbeiten in der Pflege.
- Während der Corona-Pandemie ist die Anwerbung ausländischer Pflegekräfte schwieriger geworden. Zum Beispiel ist Serbien aus dem Anwerbeprogramm („Triple Win“) ausgestiegen. Dennoch ist die Zahl der ausländischen Pflegekräfte auch 2020 und 2021 gestiegen.
- Ausländische Ärztinnen und Ärzte: Inzwischen hat jede siebte Person in dieser Berufsgruppe nicht die deutsche Staatsbürgerschaft. Die größte Gruppe nach Herkunftsland sind Ärztinnen und Ärzte aus Syrien (rund 5.000).
- Ohne ausländische Ärztinnen und Ärzte wäre der Mangel in dieser Berufsgruppe in Ostdeutschland und einigen Regionen im Westen längst dramatisch: Dort machen sie inzwischen den Großteil der neu eingestellten Ärztinnen und Ärzte aus.

https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Pflege_Fachkraefte_Ausland_Mediendienst_Factsheet_neu_2021.pdf

Statistiken und Daten aus Baden-Württemberg

60 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei

Zu diesem Anlass hat das Statistische Landesamt Zahlen veröffentlicht. Danach leben die meisten türkischen Staatsbürger in der Landeshauptstadt Stuttgart. Weiteres interessantes Datenmaterial betrifft unter anderem die Einbürgerungen, die Geburtenrate oder die Existenzgründungen.

www.statistik-bw.de/Presse/Pressemitteilungen/2021301

Bevölkerungsentwicklung auf Landesebene und in den Gemeinden 2020

www.statistik-bw.de/Service/Veroeff/Statistische_Berichte/312520001.pdf

www.statistik-bw.de/Service/Veroeff/Statistische_Berichte/312620001.pdf

Baden-Württemberg – Ein Standort im Vergleich

Wo steht das Land im nationalen und internationalen Vergleich? 36 Strukturindikatoren geben Antworten. Diese sind in einer Veröffentlichung des Statistischen Landesamtes enthalten, beispielsweise zum Thema „Ausländerinnen und Ausländer“: In Baden-Württemberg lebten 2020 mehr als 1,8 Millionen Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Das entspricht einem Anteil von 17 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Bundesweit weist der Südwesten nach Hessen (18 %) den zweithöchsten Ausländeranteil unter den Flächenländern auf, während in Mecklenburg-Vorpommern lediglich 5 Prozent der Bevölkerung eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen.

www.statistik-bw.de/Service/Veroeff/Querschnittsver!F6ffentlichungen/803621001.pdf

Armutsgefährdung bei Kindern mit Migrationshintergrund

Kinder mit Migrationshintergrund waren nach Angaben des Statistischen Landesamtes 2019 in Baden-Württemberg mit einer Armutsgefährdungsquote von 29,7 Prozent ungleich häufiger von Armut bedroht als Kinder ohne Migrationshintergrund (9,9 %). Besonders armutsgefährdet sind Kinder, die selbst mit ihren Familien nach Deutschland eingewandert sind. Studien würden außerdem zeigen, dass armutsgefährdeten Kindern mit Migrationshintergrund auch als Erwachsenen seltener der Weg aus der Armut gelingt. Das Statistische Landesamt macht auf einen Beitrag aufmerksam. Darin zeigen Stephanie Bundel, Kristina Faden-Kuhne und Gabrina Mätzke in der Ausgabe der Zeitschrift „unterrichtspraxis“ auf, wie im Kontext von Bildungseinrichtungen armutsgefährdete Kinder und Eltern mit und ohne Migrationshintergrund unterstützt werden können. Der Beitrag bietet auch gelungene Praxisbeispiele der Armutsbekämpfung in Baden-Württemberg.

www.statistik-bw.de/FaFo/Publikationen/UP-7-2021.pdf

Migrationsausstellung in Mannheim

„Arbeit & Migration. Geschichten von hier“ – unter diesem Titel findet im TECHNOSEUM in Mannheim eine Sonderausstellung statt. Dazu schreibt das Museum: „Migrationsgeschichten sind Geschichten von hier. Es sind Geschichten unserer Gesellschaft mit Objekten, die persönliche Blickwinkel zeigen. Der erzählerische Fokus ist die Arbeitswelt, die Menschen zusammenbringt und verbindet. Die Ausstellung trägt Fakten und Geschichten zusammen – für eine offene Diskussion über Einwanderung. Sie verdeutlichen den gegenseitigen Einfluss der in einem Land lebenden Menschen und manifestieren damit eine gemeinsame Erzählung.“ Die Ausstellung ist bis zum 19.6. 2022 geöffnet.

www.technoseum.de/arbeit-und-migration/

Prof. Dr. Karl-Heinz Meier-Braun (www.meier-braun.de) ist baden-württembergischer Landesvorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e. V. (DGVN) und Mitglied im Bundesvorstand dieser Organisation. Er ist Migrationsexperte, Honorarprofessor an der Universität Tübingen und Autor zahlreicher Publikationen zum Thema Migration und Integration. Lange Jahre war er Redaktionsleiter und Integrationsbeauftragter des Südwestrundfunks (SWR). 2021 wurde er für sein Engagement in der Integrationsarbeit mit dem Verdienstorden des Landes Baden-Württemberg ausgezeichnet.



Migrations- und Integrationsforum
Baden-Württemberg

Das **Migrations- und Integrationsforum Baden-Württemberg (MIF)** ist eine Kooperation der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg und der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Landesverband Baden-Württemberg e. V.

www.mif-bw.de

Ansprechpartner:

Prof. Dr. Reinhold Weber, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

reinhold.weber@lpb.bwl.de

Prof. Dr. Birgit Locher-Finke, Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg

birgit.locher-finke@sm.bwl.de

Prof. Dr. Karl-Heinz Meier-Braun, Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Landesverband Baden-Württemberg e. V.

info@dgvn-bw.de